



Das E3+3-Abkommen mit dem Iran bewahren – sein Transformationspotenzial für eine stabile Region und für eine konditionierte Zusammenarbeit mit Teheran ausbauen

*Aktualisierte Ausführungen zum POLICY BRIEF No. 48
im Zeichen des Amtsantritts von Donald J. Trump
präsentiert
in den Räumen der VDW e.V. am 19. Januar 2017
von PD Dr. Bernd W. Kubbig*

I. Die Stärken des historischen Abkommens – Die positive Bilanz bei der Vertragseinhaltung

Erste Stärke: Sein multilateraler Charakter

Dieses Abkommen, in der internationalen Diplomatensprache Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) genannt, haben England, Frankreich und Deutschland sowie die USA, Russland und China mit Iran ausgehandelt und am 14. Juli 2015 in Wien unterzeichnet. Der JCPOA ist ein dezidiert multilaterales Abkommen – kein unilaterales. Dies ist mit Blick auf die beginnende Präsidentschaft Trumps und dessen US-Fixiertheit von großer Bedeutung.

In der Sechs-Mächte-Koalition waren die USA zweifellos das Schwergewicht, weil sie die stärkste Militärmacht in der gesamten Region Mittlerer Osten/Golf sind und weil sie Iran gegenüber ein feinmaschiges Netz von Sanktionen aufgebaut haben. Diese Sechs-Mächte zusammengenommen repräsentieren die internationale Staatengemeinschaft, zumal der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den JCPOA durch Resolution 2231 (2015) in den Rang eines internationalen Vertrages gehoben hat. Der scheidende US-Außenminister John Kerry, maßgeblich am Zustandekommen des Abkommens beteiligt, brachte es auf den Punkt: „It was endorsed unanimously by the United Nations Security Council and earned the support of more than 100 countries across the globe.“ Und „EU Außenministerin“ Federica Mogherini sekundierte: „[...] the nuclear agreement with Iran is working. There should be no doubt that the EU stands firmly by the deal, which is a multilateral endeavour.“

Zweite Stärke: Ein bislang wirksames Instrument zur Verhinderung eines Krieges in der Konfliktregion – und einer Nuklearmacht Iran

Bisher hat dieses Abkommen militärische Schläge vor allem gegen die Nukleareinrichtungen in Iran verhindert. Diese sog. militärische Option stand vorher jahrelang auf der Tagesordnung. Vor diesem Hintergrund stellt der JCPOA einen *Sieg der Diplomatie* als Mittel zur Lösung des Konfliktes um Teherans Nuklearaktivitäten dar. John Kerry brachte es erneut auf den Punkt: „The JCPOA resolved a major nuclear threat without firing a shot or sending a signal into combat.“

Dritte Stärke: Das meisterhaft komponierte Design des Abkommens mit seinen völlig unterschiedlichen nuklearen sowie finanz- und wirtschaftspolitischen Elementen

Den Architekten des JCPOA ist es gelungen, beispiellose Eingriffe in die Nuklearprogramme Irans mit der Aufhebung von nuklear-bezogenen Sanktionen zu koppeln. Auf diese Weise wird es Teheran auf

lange Zeit verwehrt, Nuklearmacht zu werden – das Hauptziel der E3+3-Staaten. „Our technical judgment is that the multilateral JCPOA provides a strong bulwark against an Iranian nuclear-weapons program.“ So haben es jüngst unsere amerikanischen Kollegen in einem von Richard Garwin initiierten Brief vom 2. Januar 2017 an Donald Trump ausgedrückt.

Den vielfältigen Verboten und Einschränkungen stehen für Teheran die Anreize gegenüber, das Land wieder an das internationale Finanzsystem anzuschließen und es in die Weltwirtschaft zu integrieren.

Vierte Stärke: Die bislang erfolgte Einhaltung des JCPOA ('compliance')

Die UN und die Wiener Atomenergiebehörde (IAEO) haben wiederholt bestätigt, dass sich, technisch gesehen, alle Partner bisher an die zahlreichen Bestimmungen dieses außerordentlich komplexen Abkommens von rund 160 Seiten gehalten haben (bis auf zwei strategisch nicht bedeutsame Überschreitungen der vereinbarten Grenzwerte durch Iran im Jahre 2016 – siehe nächsten Punkt). Iran ist dabei, das verloren gegangene Vertrauen durch die Einhaltung des Abkommens wieder gutzumachen. Es gibt erste Anzeichen dafür, dass diese Zertifizierung des 'Nicht-Mogelns' das wohl stärkste Bollwerk gegen die JCPOA- Kritiker auch in der neuen Administration Trump ist. Dies schließt, wie unten ausgeführt, nicht aus, dass es u.a. angesichts der Grauzonen und unterschiedlichen Deutungsmöglichkeiten zu Konflikten gekommen ist und weiterhin kommen wird.

Fünfte Stärke: Der im Abkommen verankerte Mechanismus der Streitbeilegung – die Basis für Vertrauensbildung

Keine Frage – es hat zwei geringfügige Verletzungen des Abkommens von Seiten Teherans gegeben. Sie kamen zur Sprache, und zwar im Rahmen des Joint Committee, in dem die E3+3 gegenüber Iran die Mehrheit haben, wurden sie einvernehmlich gelöst. Auch Teheran hat dieses Gremium angerufen – und mit Blick auf den verlängerten, aber bislang nicht in Kraft getretenen, Iran Sanctions Act mit Erfolg (siehe III.4).

Im Joint Committee spielt der sog. European External Action Service, das „Außenministerium“ der EU, eine wichtige koordinierende Rolle. Das ist Vertrauensbildung in der Praxis. Wichtig ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt, dass Iran bis in die letzten Tage der Obama-Administration operative Maßnahmen durchgeführt hat, um keine Angriffsflächen für die neue US-Regierung zu bieten (z.B. die Entfernung von Hunderten von Zentrifugen aus der unterirdischen Anlage von Fordow).

II. Die deutlichen Grenzen und Schwächen des JCPOA – Sein enormes Transformationspotenzial

1. Grenzen und Schwächen: Die zum Teil gestiegenen Ängste von Irans arabischen Nachbarn

Das Abkommen hat die Ängste der meisten der sechs Golfstaaten, die in sich keine einheitliche Gruppierung darstellen, vor dem Iran nicht vermindert oder gar genommen, sondern noch verstärkt. Sie sehen die Nuklearaktivitäten Teherans nicht isoliert, sondern als Teil der Außenpolitik der Islamischen Republik. Und die ist für viele offensiv, aggressiv-expansionistisch, das Sich-Einmischen in die inneren Angelegenheiten der arabischen Nachbarn am Golf gehöre nach wie vor zu Teherans außenpolitischen Aktivitäten. Ja, das Abkommen habe Iran als Nuklearmacht legitimiert. Die Außenpolitik Teherans dürfte deshalb noch bedrohlicher werden.

Ohne hier auf länderspezifische Unterschiede eingehen zu können, müssen diese geäußerten Ängste ernst genommen und in den jeweiligen *nationalen* sowie *in den regionalen Kontext* gestellt werden. Für das Regime in Bahrain etwa hat der offizielle Verweis auf ein Eingreifen Teherans in die inneren

Angelegenheiten zuweilen eine Ablenkungsfunktion von eigenen gesellschaftspolitischen Problemen. Der regionale Kontext ist für die Erklärung und Einordnung der Befürchtungen maßgeblich. Denn er ist durch die zunehmende Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Iran um eine Vorherrschaft im gesamten Mittleren Osten/Golf gekennzeichnet. Diese Konkurrenz prägt seit geraumer Zeit die Konfliktregion am stärksten und hat Ängste auf allen Seiten verstärkt.

Gerade aus saudischer Sicht kommt als ein weiterer Faktor hinzu: Der einst verlässliche Verbündete USA, der das Königreich bevorzugt behandelte, weil er in ihm einen – wenn nicht *den* – Stabilitätsanker sah, ist zu einem Verräter geworden. Er schickte sich in der Ära von Barack Obama u.a. aufgrund der verstärkten Ölproduktion in den USA an, den Jahrzehnte langen Deal von Öl gegen Schutzmachtfunktion aufzuweichen. Mehr noch, die USA gaben aus dieser Sicht ihre traditionelle Rolle als Verbündeter und Ordnungsmacht auf, indem sie den Hauptkonkurrenten Iran aus der Isolation herausholen und als regionalen Akteur auf die politisch-wirtschaftliche Bühne zurückzuholen versuchen. Washington habe damit einen nicht hinnehmbaren Kurswechsel vollzogen, der die umfassende Eindämmung Irans beendet und stattdessen auf selektive Zusammenarbeit mit dem Erzrivalen setze.

Für diesen fundamentalen Kurswechsel steht der Joint Comprehensive Plan of Action – und das zu einem Zeitpunkt, zu dem das Königreich (bei nicht zu übersehenden wirtschaftspolitischen Initiativen, ihrer Herr zu werden) vor einer Vielzahl gleichzeitiger tiefgreifender innerer Probleme steht: angefangen mit der Nachfolge an der Spitze des Königshauses über massive wirtschafts- und arbeitspolitische Herausforderungen bis zu verstärkten Forderungen nach mehr politischer Partizipation auf der einen und sich verstärkendem Extremismus auf der anderen Seite. Der das Königreich lange zusammenhaltende Gesellschaftsvertrag von wirtschaftlichen Wohltaten von oben gegen politische Nicht-Teilhabe von unten trägt allein angesichts des enorm gefallen Ölpreises nicht mehr. Nur so ist zu verstehen, warum das saudische Königreich sein traditionelles Selbstverständnis als diskret agierende regionale Ordnungsmacht aufgegeben hat. An seine Stelle ist ein zunehmend offensiv-intervenierender Akteur getreten, der vor allem militärische Mittel anwendet und in Kriege involviert ist.

Die derzeitigen Positionen, Kritikpunkte und Ängste von Irans Nachbarn in der Golfregion können den Beobachter die aufgezeigten Stärken des JCPOA vergessen lassen, aber auch die Erwartungen, die sie einst selbst gegenüber einem für sie akzeptablen Abkommen formuliert haben. Wie im POLICY BRIEF aufgezeigt, übersteigen die im JCPOA festgelegten Einschränkungen und Verbote im Nuklearbereich *bei weitem* das Ausmaß etwa der damals von den Golfstaaten geforderten technischen Überprüfbarkeit einer jeglichen ausgehandelten Abmachung mit Iran. Auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Teheran scheinen die wenigsten Golfstaaten im Blick zu haben.

Vor diesem Hintergrund bleibt maßgeblich, wenn nicht entscheidend: Trotz aller aufgezeigter JCPOA-bezogenen Stärken kann das Abkommen nicht isoliert von Irans Außenpolitik gesehen werden. Hier dürfte der größte Korrekturbedarf Teherans liegen, wenn die E3+3-Vereinbarung weiterhin Bestand haben soll. Es wird, ausgehend vom JCPOA, darauf ankommen, umfassendere Sicherheitsarrangements anzustreben; sie sollten die Rivalitäten und die mit ihnen verbundenen Allianzbildungen überwinden.

2. Das positive Transformationspotenzial: Handlungsfelder ausloten und aktivieren

Diese komplexe Gemengelage macht das Abkommen mit seinen beiden Elementen von massiven Kontrollen und Beschränkungen im Nuklearbereich und den sich prinzipiell bietenden finanz- und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten vor allem aus saudischer Sicht zu einem Bedrohungsfaktor. Darüber hinaus aber enthält der JCPOA auch ein positives Transformationspotenzial, das es für beide

Bereiche genauer auszuloten und zu aktivieren gilt:

- *Vertrauensbildende technische Elemente gerade mit Blick auf das skeptische und besorgte Saudi-Arabien:* Die Wiener Kontrollbehörde, die den Überwachungs- und Inspektionsprozess in nie dagewesener Intensität im Iran durchführt, müsste auch das Königshaus davon überzeugen können, dass sich der Rivale Iran an das Abkommen hält – und damit in diesem wichtigen Bereich vertrauenswürdig ist. Damit ließe sich zumindest der Grad der Rivalität vermindern. Als *gezieltes Nichtverbreitungs-Instrument* könnte der JCPOA dem möglichen Interesse Saudi-Arabiens, sich eigene nukleare Kapazitäten zu beschaffen, den Boden entziehen.
- *Modellcharakter des JCPOA für zonale Abrüstung und für die Stärkung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NPT):* Das mit Iran abgeschlossene Abkommen läuft praktisch auf eine Zone frei von Nuklearwaffen in der Subregion des Golfs hinaus. Dieser Nukleus könnte erweitert werden, und zwar um ein Verbot von B- und C-Waffen sowie von Trägersystemen in Richtung auf eine auszuhandelnde Raketenfreie Zone (die Raketenfrage ist allerdings für Teheran ein rotes Tuch).
Der JCPOA wie auch eine subregionale nuklearwaffenfreie Zone am Golf könnten die Diskussion um eine Zone frei von Massenvernichtungswaffen (MVW) und ihrer Trägersysteme für den gesamten Mittleren Osten befruchten, Israel eingeschlossen. Damit könnte der JCPOA den festgefahrenen Bemühungen nach der gescheiterten Überprüfungskonferenz des NPT im Jahre 2015 neuen Schwung verleihen – wenn er denn von den Iranern in diesem Sinne forciert und von den tonangebenden Ländern in der Arabischen Liga entsprechend aufgegriffen würde.
- *Positive finanz- und wirtschaftspolitische Folgen für Iran und die Region durch die Lockerung/Aufhebung der Sanktionen:* Was die *regionale Ebene* anbelangt, so ist, wie im POLICY BRIEF ausführlich erwähnt, das Kooperationspotenzial mit den arabischen Nachbarn am Golf vor allem im Energiebereich beträchtlich. Zur *inner-iranischen Entwicklung:* Folgt man dem Vizepräsidenten und Leiter der iranischen Atomenergiebehörde, Ali Akbar Salehi, dann sind mehr als 90 Prozent der Sanktionen bereits aufgehoben (Zugang zum Besitz und Transfer von Geld; erhöhte Fördermenge von Öl, und zwar um eine Million Barrel höher als vor dem Ende der Sanktionen).

Aber das ist nicht das ganze Bild. Noch nicht an Bord sind die großen Banken und Versicherungen, die für die Investitionen vor allem in die veraltete Energie-Infrastruktur Irans dringend nötig seien. Dies ist der wunde Punkt – sowohl politisch als auch wirtschaftlich. So war es der iranische Präsident Hassan Rohani, der im Herbst 2016 das US-Finanzministerium öffentlich beschuldigte, den JCPOA gebrochen zu haben. Durch die drohende Haltung des Ministeriums würden große Banken und Versicherungen von Investitionen abgehalten. Das verstoße klar gegen das Abkommen, das vorsehe, alle Hindernisse zu beseitigen.

Dies gilt über die USA hinaus auch für Banken und Unternehmen von Verbündeten. So hat man in Deutschland konkrete Erfahrungen mit amerikanischem Druck gemacht. Er führte dazu, dass Beschäftigte entlassen werden mussten, die nach deutschem Recht legale Geschäfte mit Iran abgewickelt hatten. Der Abschreckungseffekt ist hierzulande deutlich spürbar – auch angesichts der fehlenden Rechtssicherheit ist bei den Geschäften mit der Islamischen Republik eine Ernüchterung eingetreten. Insgesamt, so betonte die „EU Außenministerin“ Federica Mogherini jüngst jedoch, sei der EU-Handel mit Iran in den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 um 63 Prozent gestiegen.

Das Ausbaupotenzial bleibt dennoch beträchtlich. Denn der sichtbare Aufschwung ist in Iran bislang nicht so eingetreten wie erhofft, und der Präsident steht angesichts der Wahlen im Mai 2017 unter einem großen Erwartungs- und Erfolgsdruck.

III. Was wird aus dem JCPOA? Einschätzungen, Warnungen und Erwartungen

1. Von Obama zu Trump

In die Phase des Übergangs von Obama zu Trump fällt „Implementation Day“ – das einjährige Jubiläum des JCPOA am 16. Januar 2017. Vor einem Jahr also schickten sich die E3+3 wie auch Iran daran, ihre jeweiligen Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens umzusetzen. Die wichtigen Akteure nutzen dieses Datum Mitte Januar 2017, um die Erfolge und Bedeutung des JCPOA zum Teil überschwänglich hervorzuheben. Auffällig ist zudem die bekundete Bereitschaft, weiterhin zu seinem Erhalt beizutragen. In diesem Zusammenhang sind die eingangs zitierten Statements von Kerry und Mogherini zu sehen. Sie können durch ähnliche Erklärungen aus dem Büro des neuen UN-Generalsekretärs Antonio Guterres, aber auch der Regierungen Russlands, Chinas und Deutschlands ergänzt werden. Allesamt sind sie an die Adresse der neuen US-Regierung gerichtet; dabei enthalten die Statements Irans eine besondere Botschaft (siehe 4).

2. Optionen der Trump-Administration

Rührt das Abkommen nicht an, es funktioniert, und die Folgen, es zu zerstören, sind „viel schlimmer“ (Obama) – auf diese einfache Formel lässt sich die Warnung der scheidenden US-Spitzenpolitiker bringen. „We urge you to preserve this critical U.S. strategic asset.“ So forderten es die amerikanischen Wissenschaftler in ihrem Brief an Trump vom 2. Januar 2017.

Wird dies in der neuen US-Regierung auf offene Ohren stoßen?

Diese Frage kann einen Tag vor Amtsantritt des Präsidenten und nach den vor kurzem erfolgten Anhörungen des designierten Außenministers Rex Tillerson und des vorgesehenen Secretary of Defense James Mattis im Senat, nur mit Vorbehalten gegeben werden. Sicher ist: Wenn Präsident Trump seine im Wahlkampf geäußerte Pauschalkritik („the worst deal in history“/„das schlechteste Abkommen aller Zeiten“) umsetzt, dann hat der JCPOA keine Zukunft beim wichtigsten Partner des Sechs-Mächte-Abkommens mit dem Iran. Trumps designierter Stabschef Reince Priebus, der sich in der Vergangenheit als Gegner des Abkommens positioniert hatte, wollte sich Mitte Januar 2017 nicht eindeutig dazu äußern, ob der zukünftige Präsident das Abkommen nach wie vor beenden wolle.

Was könnte Trump tun?

Die Diskussion unter Fachanwälten hat gezeigt, dass er u.a. die folgenden Maßnahmen ergreifen könnte:

- Die aufgehobenen Sanktionen „mit einem Federstrich“ wieder einsetzen;
- die sog. sekundären Sanktionen einsetzen, also die Iran-Geschäfte von Banken und Unternehmen befreundeter Länder bestrafen;
- sich über die in der Joint Commission ausgehandelten Ergebnisse einseitig hinwegsetzen und den Zuschnapp-Mechanismus unilateral betätigen, d.h. bestimmte Sanktionen aktivieren.

Rex Tillerson äußerte sich unbestimmt in seiner Anhörung dahingehend, dass er den JCPOA erst einmal „prüfen“ lassen wolle. Demgegenüber bezog James Mattis klar Position, und zwar gegen die des Wahlkämpfers Trump: „It is an imperfect arms control agreement – it's not a friendship treaty.“ [...] But when America gives her word, we have to live up to it and work with our

allies.“ Dieses klare Statement für den Erhalt des JCPOA ist umso bemerkenswerter, als Mattis in seiner früheren Funktion als General bei der Spitze der Obama-Administration in Ungnade gefallen war, weil er einen härteren Kurs gegenüber Teheran befürwortet hatte.

Kurzum, bei aller Vorsicht: Ein direkter unilateraler Bruch erscheint nicht sehr wahrscheinlich.

3. Die selbstbewusst-konstruktive Rolle der EU

In der Positionierung des designierten Verteidigungsministers kommen die eingangs genannten Stärken des Abkommens zum Ausdruck, die gleichzeitig Hürden für einen direkten Bruch darstellen – vor allem eben die Tatsache, dass sich mit Russland und China die größten Mächte und mit der EU der wichtigste Verbündete der USA für das Abkommen und seinen Erhalt ausgesprochen haben.

So hat das „EU Außenministerium“ in Brüssel auch insofern gute Arbeit geleistet, als es seit geraumer Zeit vorbeugend in Washington klare Kante gezeigt hat:

- Die Brüsseler Vertreter haben offenbar deutlich gemacht, dass sie, solange Teheran den JCPOA einhält, nicht gewillt sind, sich an einer Kampagne zur Beendigung des Abkommens zu beteiligen.
- Neue Sanktionen hielten sie offenbar nur dann für akzeptabel, wenn sie auf Individuen und Firmen begrenzt blieben, aber nicht auf Segmente der iranischen Wirtschaft abzielten.
- Nicht ausgeschlossen werden kann, dass die EU signalisiert hat, keine sekundären Sanktionen zu akzeptieren – es wäre nicht das erste Mal, dass die Europäische Union hier auf Konfliktkurs mit den USA gerät.

Wie eingangs erwähnt, kann auch die EU nur mit dem Abkommen punkten, wenn Iran es einhält – die USA würden weltweit am Pranger stehen und an Glaubwürdigkeit einbüßen, wenn sie unilateral gegen das JCPOA direkt verstießen. Vor diesem Hintergrund werden die Maßnahmen verständlich, das Abkommen wasserdicht gegen mögliche Kritikpunkte der Trump-Administration zu lassen.

4. Die klare Position Teherans

Eindeutig haben sich die führenden Vertreter der iranischen Regierung geäußert. Für sie ist das Abkommen eine vollendete Tatsache – eine Neuverhandlung ist ausgeschlossen. Entweder Trump akzeptiert den JCPOA oder er weist es zurück, so der Stellvertretende Außenminister Abas Araghchi am 15. Januar 2017. Anders verhalte es sich mit Verhandlungen, die die Durchführung des Abkommens betreffen.

Araghchi wies in diesem Zusammenhang auf den *wohl entscheidenden Punkt* hin, wenn es um die Frage geht, wie die neue Administration, selbst wenn sie den JCPOA nicht direkt bricht, aus iranischer Sicht mit den Sanktionen umzugehen habe, die vom Abkommen nicht erfasst sind. Wer immer Präsident sei – er müsse in Übereinstimmung mit dem Abkommen alle „anti-JCPOA Gesetze“ außer Kraft setzen („waiver“). Mit Blick auf den Iran Sanctions Act, den der Kongress Ende 2016 um weitere zehn Jahre verlängert hat, gab sich Araghchi zufrieden. Es ist derzeit nicht in Kraft – ein Ergebnis der eingangs erwähnten Diskussionen im Joint Committee.

5. Die beiden Hauptgefahren

Es bleibt abzuwarten, wie sich die neue US-Regierung zu den starken Bestrebungen im Kongress verhält, *neue, nicht vom Abkommen betroffene Sanktionen* zu verhängen – etwa bei den Raketen, im Bereich des Terrorismus oder humanitäre Angelegenheiten betreffend. Den JCPOA auf US-Seite

unangetastet lassen, aber die Sanktionen außerhalb des Abkommens für gut befinden, die die iranische Wirtschaft schaden könnten – dies ist für Teheran weiterhin nicht annehmbar. Aus iranischer Sicht läuft dies auf einen Bruch des Abkommens hinaus. Auf vom Abkommen nicht berührte Sanktionen Washingtons werde Teheran mit der Entwicklung von nuklear getriebenen Schiffen antworten, von denen im JCPOA ebenfalls nicht die Rede ist. IAEA-Generaldirektor Yukiya Amano wurde mit diesem Thema bei seinem Besuch in Teheran am 18. Dezember 2016 bereits konfrontiert. *Eine Konfliktspirale des „So-wie-Du-mir, so-ich-Dir“ würde nicht nur das Abkommen selbst beschädigen, sondern die Iran-Politik insgesamt.*

Zu hoffen ist, dass sich Teheran nicht provozieren lässt. Dies gilt auch für die zweite Hauptgefahr nach einer „Spirale nach oben“: Eine „Spirale nach unten“, die dann eintreten könnte, wenn die US-Administration den JCPOA und seine Durchführung als betont sekundäre politische Angelegenheit versteht und eine verzögernde Grundhaltung in der politischen Praxis einnimmt.

IV. Hauptschlussfolgerung: Das JCPOA als Nucleus für umfassende Sicherheitsarrangements mit allen Akteuren ausbauen

Die Gefahr ist nicht gebannt, dass es erneut zu einer konfrontativen US-Haltung kommt. Dabei käme es jetzt darauf an, die selektive Politik der Zusammenarbeit mit Teheran verstärkt fortzusetzen und auszubauen – solange sich Iran an den JCPOA hält. So könnte sich das Abkommen als Nucleus für Vertrauensbildung, fokussierte Abrüstung und dringend notwendige, allumfassende Sicherheitsarrangements erweisen, die vor allem die Golfstaaten mit einschließt und ihren Befürchtungen gerecht wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind eine ausbalancierende Ordnungsmacht USA erforderlich – und eine entschlossene EU, die nicht nur gegenüber Teheran, sondern auch gegenüber Washington selbstbewusst und brückenbauend auftritt. Die EU dürfte kurzfristig vor allem gefordert sein, um dem historischen Abkommen zu neuem Aufschwung zu verhelfen.

Über die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.)

In der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. vernetzen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen wissenschaftlichen Disziplinen. Sie reflektieren kritisch ihre Verantwortung für die Folgen von wissenschaftlicher Forschung und Technik und nehmen mit fundierter Expertise aktiv an der gesellschaftlichen Debatte teil – vor allem auf den Gebieten Frieden und Sicherheit, Klima, Ökonomie und Digitalisierung.

Marienstr. 19/20, 10117 Berlin | info@vdw-ev.de | Tel. 030-212-34056 | <http://www.vdw-ev.de/>

Über das ACADEMIC PEACE ORCHESTRA MIDDLE EAST (APOME)

Das ACADEMIC PEACE ORCHESTRA MIDDLE EAST ist eine kollaborative Forschungsgruppe bestehend aus rund 100 regionalen und internationalen Experten, die sich regelmäßig auf Round Table-Konferenzen treffen. Diese Treffen behandeln spezifische Themen im Zusammenhang mit der Schaffung einer Zone im Nahen Osten, die frei von Massenvernichtungswaffen (WMD) und ihren Lieferfahrzeugen (DVs) ist. Ziel ist es, Ideen und Konzepte zu entwickeln sowie Hintergrundinformationen über die Gründung einer solchen Zone an Diplomaten, Experten, internationale Organisationen und Medien zu liefern. Während die Rüstungskontrollfragen offensichtlich wichtig sind, konzentriert sich das Orchester auch auf breitere politische Problematiken und deren Auswirkungen auf die Sicherheit in Nahost.

Mehr Informationen: <http://academicpeaceorchestra.com/>